

MHM

Mitteilungsblatt für Mürzzuschlag - Hönigsberg - Ganz

Information der



Klein, aber
mit Biss!



Nr. 125, Dezember 2016

*Ein glückliches, gesundes und friedliches Neues Jahr
wünscht allen Leserinnen und Lesern die KPÖ Mürzzuschlag
mit ihren Gemeinderäten*

Franz Rosenblattl, Sandra Kern und Stefan Sommersguter

Kommentar

Franz Rosenblattl

Das Jahr 2016 ist in wenigen Tagen Geschichte. Weltpolitisch gesehen war es weder ein friedliches noch sonst ein besonders gutes Jahr. Selbstmordattentate, IS-Terror, wie in Paris oder zuletzt jetzt vor Weihnachten in Berlin, Krieg im Nahen Osten, in der Ostukraine usw. Die Zunahme von Intoleranz, Rassismus und Nationalismus und die Auswüchse des Turbokapitalismus werden wahrscheinlich auch 2017 nicht gestoppt werden. So gesehen bin ich nicht sehr zuversichtlich, was das kommende Jahr betrifft.

Uns Österreicher beschäftigte ein elendslanger Präsidentenwahlkampf mit zwei Wahlen und einer Wahlwiederholung, die kein anderes Ergebnis brachte, aber etliche Millionen Euro an Mehrausgaben verursachte. Eine Fußball-EM hatten wir auch in diesem Jahr. Die Euphorie war schnell verflogen und wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass wir bestenfalls Mittelmäßig sind.

Zu Mürzzuschlag: Seit mittlerweile eineinhalb Jahren bekleide ich das Amt des Wohnungsreferenten der Gemeinde. Eine der ersten Aufgaben war es, die vielen Mietrückstände zu minimieren ohne dabei gleich einen Delogierungsantrag zu stellen. Dies wird mit externer Hilfestellung nunmehr bewältigt. Zugleich werden diese Personen kostenlos unterstützt und beraten, um ihre persönliche finanzielle Situation in den Griff zu bekommen.

Mit tatkräftiger Mithilfe der Sparkasse Mürzzuschlag, wird mit diesen Leuten ein Finanzplan erstellt, werden sie nachhaltig betreut und ihnen neue Perspektive eröffnet.

Ein monatlicher Wohnungssprechtag sowie transparente Wohnungsvergabe wurden eingeführt. Jährliche Stammtische mit den großen Wohnbaugenossenschaften dienen zur Abstimmung über die Wohnungssituation, den Bedarf in der Gemeinde sowie der Beratung über die kommenden Aufgaben.

Nächstes Jahr wird eine Maßnahme gesetzt, die zur Folge hat, dass in Mürzzuschlag nur mehr maximal ein Drittel des Haushaltseinkommens für das Wohnen und Heizen ausgegeben werden muss. Der „Mietzinszuschuss“ wird im Laufe des Jahres umgesetzt und Mürzzuschlag nach Graz zu einer Gemeinde machen, wo maximal ein Drittel des Monatseinkommens zum Wohnen ausgegeben werden muss.

Immer wieder werde ich gefragt, warum wir die SPÖ bei diversen Abstimmungen unterstützen oder ob wir vielleicht eine Koalition haben? Ich kann darauf nur antworten: Erstens wurden wir **nur** von der SPÖ zu Verhandlungen über eine Zusammenarbeit in dieser Gemeinderatsperiode eingeladen und zweitens ist es für uns wichtiger, etwas **für** die Mürzzuschlager/innen bewegen zu können als etwa das Motiv, irgendwem eins auszuwischen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Zusammenarbeit wichtig ist. Oppositionstätigkeit ist zwar wichtig und notwendig, aber das Ruder in diese oder in eine andere Richtung zu drehen, Verantwortung zu zeigen und zu tragen hat auch seine Reize.

Ich wünsche allen Mürzzuschlagerinnen und Mürzzuschlagern einen Guten Rutsch ins Jahr 2017.

Mit viel Gesundheit, Frieden und viel notwendiger Toleranz.

Franz Rosenblattl



Schwerpunkt der Dezembersitzung des Mürzer Gemeinderates war der Haushaltsvoranschlag des nächsten Jahres.

Budget 2017 ausgeglichen

Im Voranschlag für den Ordentlichen Haushalt (Pflichtausgaben) stehen Gesamteinnahmen von 24,535.800 Euro Gesamtausgaben in gleicher Höhe gegenüber. Allerdings muss das Land Steiermark 800.000 Euro als „Härteausgleich“ flüssig machen und knapp 900.000 Euro fließen von unseren Rücklagen in das Budget.

Im Außerordentlichen Haushalt (Investitionen) stehen 4,064 Millionen Euro zur Verfügung. Die größten Brocken sind dabei: – Neuerrichtung des Kindergartens im Bereich der Volksschule. Dazu soll ein Darlehen in der Höhe von 2 Millionen Euro aufgenommen werden. – Geplant ist weiters die Sanierung der Steingrabenstraße, die Weiterführung der Ortsdurchfahrt Grazer Straße, die Fertigstellung der Zufahrt in den Industriepark Hönigsberg. Eine Sanierung des Parkdecks in der Wohnhausanlage Scheibenweg ist ebenso vorgesehen wie die Sicherung und Auflösung des Alten Wintersportmuseums.

Wohnen

20.000 Euro sind vorerst im Ordentlichen Haushalt vorgesehen um das Projekt „Mietzinszuschuss“ ab der Hälfte 2017 umzusetzen. Mieter von Gemeindewohnungen und Wohnungen in denen die Gemeinde das Einweisungsrecht hat (z.B. DOSAG) erhalten indirekt einen Mietzuschuss, sodass für das Wohnen nicht mehr als ein Drittel des Familieneinkommens aufgewendet werden muss.

Für die Sanierung bzw Instandhaltung der Gemeindewohnungen sind im nächsten Jahr 845.000 Euro vorgesehen. Für die Sanierung von Flugdächern und Garagen sind 42.000 Euro veranschlagt.

Übernahme des Kindergartenpersonals

Vor drei Jahren stellte die KPÖ einen Dringlichkeitsantrag in dem die Gemeinde aufgefordert wurde, das Kindergartenpersonal – das von einer Leihfirma geleast wurde – in den Gemeindedienst zu übernehmen und somit eine Gleichstellung der Kindergartenpädagoginnen und Betreuerinnen herbeizuführen. Ab 1. Jänner sind alle Mitarbeiterinnen unserer Kindergärten Gemeindebedienstete. Dies hat darüber hinaus zur Folge, dass der Dienstpostenplan 2017 vierzehn Personen mehr umfasst.

Verschuldung und Rücklagen

Durch Rücklagenentnahmen sinkt der Stand der Rücklagen Ende 2017 auf 5,715.667 €. Dies bedeutet ein Minus gegenüber 2016 von 1.320.500 €. Der Schuldenstand verringert sich 2017 um 1,942.400 € auf insgesamt 13,9 Millionen €.

Aus dem Gemeinderat

Abstimmung

Das Budget wurde gegen die Stimmen der FP (6) und der VP (2) beschlossen. 13 Gemeinderäte stimmten für diesen Haushaltsvoranschlag (SP 9, KP 3 und Grüne 1).

Mittelfristiger Finanzplan

Im sogenannten „mittelfristige Finanzplan“ werden die Gemeinden vom Land verpflichtet einen solchen für die nächsten fünf Jahre aufzustellen. Interessanterweise ändert sich dieser jährlich und erinnert doch irgendwie an „Kaffeesudleserei“. Auf alle Fälle würden demnach 2018 rund 1,4 Millionen, 2019 rund 1,5 Millionen, 2020 wieder nur 1,4 und 2021 nur 1,1 Millionen Defizit bringen. Im Maastricht Ergebnis hätten wir 2017 ein Defizit von 1.736.400 Euro. 2018 aber ein Plus von 590.000 Euro. Bis 2021 bleibt dieses Maastricht Ergebnis in gleicher Höhe. Kennt sich da wer aus?

Ferienwohnungsabgabe

Durch die Gemeindefusion gab es zwei unterschiedliche Höhen der Ferienwohnungsabgabe. Für eine Ferienwohnung im Bereich der ehemaligen Gemeinde Mürzzuschlag musste der doppelte Betrag wie in der Gemeinde Ganz eingezahlt werden. Nunmehr wird im Gemeindegebiet der „neuen“ Gemeinde Mürzzuschlag der gleiche Betrag eingehoben. Dieser beträgt bei einer Nutzfläche bis zu 30qm 150 Euro jährlich, bis zu 70qm 200, bis zu 100qm 250 und über 1000qm beträgt sie 300 Euro im Jahr. Diese Abgabe trifft jene Personen, die ihren Hauptwohnsitz nicht in Mürzzuschlag haben. Daher entgehen der Gemeinde auch die Steuereinnahmen für diese Personen.

ÖBB Park&Ride

Die von der ÖBB geplante Park & Ride Anlage soll im nörd-

lichen Bereich des Bahnhofs insgesamt 377 Parkplätze bringen. Die Planungskosten betragen rund 210.000 Euro. Die Errichtungskosten belaufen sich auf 2,865 Millionen Euro und werden auf ÖBB und Land aufgeteilt. Für die Gemeinde entstehen vorerst keine Kosten. Einmal in Betrieb, ist die Gemeinde für die Erhaltung und die Schneeräumung zuständig

ÖBB Bahnhofvorplatz

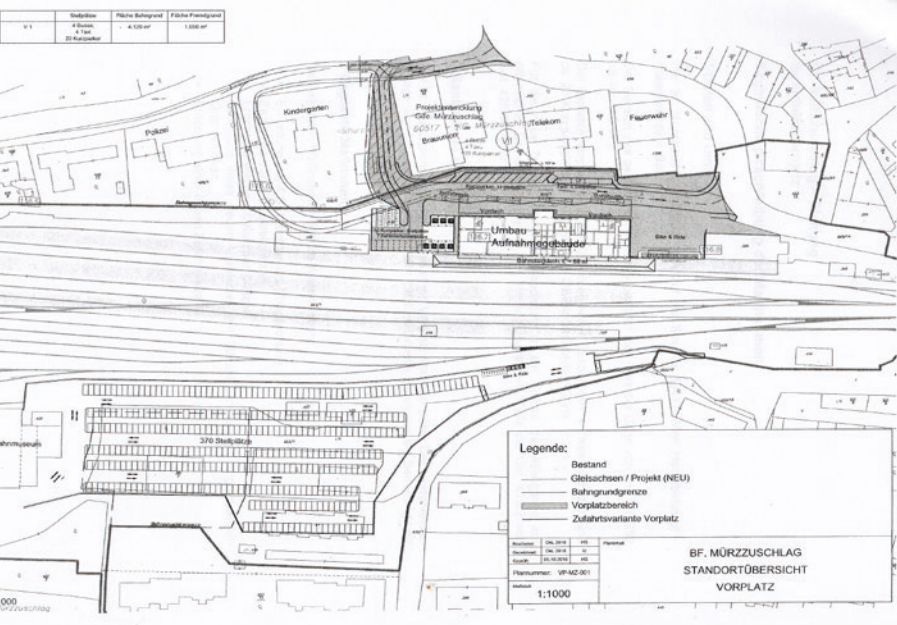
Insgesamt koste das ganze Projekt annähernd zwei Millionen Euro. Die Planung für die Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes samt Busbahnhof und Zufahrt kostet ca. 240.000 Euro und wird zwischen Land, Gemeinde und ÖBB aufgeteilt. Die Gemeinde müsste 25% davon, ca 60.000 Euro übernehmen. Offen ist noch, ob die Einbahnstraße entlang der Alleegasse bis vor dem jetzigen Kindergarten oder danach in Richtung Bahnhof erfolgen soll.

Budgetdebatte 2017

GR Rosenblattl ersuchte GR Sommersguter auf Grund seines Gesundheitszustandes die Stellungnahme der KPÖ Mürzzuschlag zum Voranschlag 2017 vorzutragen. Was dieser auch mit Bravour meisterte:

Dieser Voranschlag ist kaum anders als in den vergangenen Jahren. Eine Entlastung der angespannten budgetären Situation ist selbst am Horizont kaum mehr auszunehmen. Die abgeschlossenen Finanzausgleichsverhandlungen, sowie die Neuverschuldung beim Landesbudget und die damit in Zukunft geringer werdenden Zuwendungen an die Gemeinden lassen kaum Hoffnung auf Besserung aufkommen.

Nur mit Bedarfszuweisungen in Form des Härteausgleichs und Entnahmen aus Rücklagen kann der Ordentliche Haushalt ausgeglichen erstellt werden. Irgendwann sind alle Rücklagen aufgebraucht und die Landesmittel total erschöpft. Was dann?



Kritiklos- mitnichten!

Weitere Gründe zur Kritik sind nach wie vor zur Genüge vorhanden. So finden die hohen und ständig steigenden Umlagen, wie die an den SHV, jene an das Land in Form der Landesumlage oder z.B. die Parteienförderung an die politischen Parteien Mürzzuschlags nicht unsere Zustimmung. Darüber hinaus sollten auch, Förderungs- und Subventionsrichtlinien in allen Bereichen überarbeitet werden.

Handschrift der KPÖ

Nun zu einigen positiven Aspekten des Voranschlags:

Die Mittel zu einer Entlastung in Form eines Mietzinszuschusses für einkommensschwache Familien wurden bereitgestellt und sollten ab der Jahreshälfte 2017 greifen. Die Förderungs- und Durchführungsrichtlinien sollen in den nächsten Monaten erarbeitet und spätestens im Juni dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt werden.

Fortsetzung umseitig

Fortsetzung von Seite 3 **Budgetdebatte 2017**

Das Ziel, dass Mürzer Familien nicht mehr als ein Drittel des Familieneinkommens für Wohnen ausgeben müssen, ist somit in greifbare Nähe gerückt. Daneben gibt es neu – auch Mittel für ein Lerncafé (dabei soll ein kostenloser Nachhilfeunterricht für sozial benachteiligte Kinder und speziell Deutsch-Unterricht angeboten werden) und für die Stadtentwicklung. Zwar fürchten wir, dass sich hier auf Grund von Interessenskonflikten kaum etwas bewegen lässt, die Hoffnung aber lebt – noch...

Abschließend erkennen wir im Voranschlag der Finanzverantwortlichen doch ein viel mehr an Bemühungen als früher, sich mit Ideen und Kritik anderer Fraktionen auseinanderzusetzen. Dies trotz einem, immer enger werdenden (Maasticht) Korsett zu bewegen und hoffen, dass auch in Zukunft wieder der eine oder andere Kritikpunkt oder Vorschlag als Anstoß angenommen wird.

Ich möchte mich auch heuer wieder bei der Finanzverwaltung sowie beim Finanzreferenten für die Diskussionsbereitschaft bedanken.

Abstellplätze für LKWs

Gemeinderat Sommersguter richtete an Bürgermeister Rudischer eine Anfrage bezüglich einer Abstellfläche für LKW in Mürzzuschlag: „Seit vielen Jahren versuchen Mürzer LKW Fahrer immer wieder, leider erfolglos, erlaubte Abstellflächen für ihre Fahrzeuge (vorwiegend an Wochenenden) zu bekommen. Es müsste doch möglich sein, eine solche geeignete Abstellfläche zu pachten, jeder Fahrer



wäre gerne bereit einen kleinen Betrag dafür auszulegen. Den Unternehmern ist es egal wo ihr Fahrzeug am Wochenende steht, die bezahlen nichts dafür. Es trifft wie fast immer die Letzten in der Hierarchie und das sind die Fahrer. Gerade weil es auch Mürzzuschlager sind, haben sie auch Recht auf Unterstützung. Beim „Dänischen Bettenlager“ wäre nunmehr eine brauchbare Fläche zu haben.“ Bgm Rudischer versprach, sich diesem Anliegen anzunehmen.

GR Rosenblattl wurde inzwischen in dieser Frage aktiv und nahm Kontakt mit dem Besitzer der Liegenschaft (sie liegt im Gemeindegebiet Spital) auf. Dieser zeigte sich durchaus interessiert und zu Gesprächen bereit. Vielleicht kommt es nach Jahren endlich doch einmal zu einer vernünftigen Lösung. Unsere Brummfahrer hätten sich's verdient...



Die KPÖ hat angefragt...

Straßenbeleuchtung

KPÖ-Gemeinderätin Sandra Kern richtete die Anfrage an Bgm. Rudischer, ob die Ausleuchtung der Fußgängerübergänge im Gemeindegebiet überprüft werden könne. Einige dieser Übergänge sind nicht ausreichend beleuchtet. Ebenso gibt es Gehwege im Stadtgebiet, die keine zufriedenstellende Beleuchtung haben. So zum Beispiel zwischen dem ehemaligen Kaufhaus Skazel und der Sportanlage Knap-



Eine weitere Anfrage von KPÖ-Gemeinderätin Kern betraf die ÖBB Haltestelle Hönigsberg. Diese befindet sich in einem bedenklichen Zustand. Keine Fenster, unansehnlich, kurz in einem miserablen Zustand. Ihre Frage, ob es hier bald eine zeitgemäße Lösung gibt, beantwortete Finanzstadtrat Baumer mit Ja. Es ist seitens der ÖBB angedacht, auch in Hönigsberg eine moderne Haltestelle zu errichten.



Heimstätte des EMV

Der Abbruch des Probelokals der Eisenbahner Musikkapelle steht unmittelbar bevor. GR Sommersguter richtete in der Novembersitzung des Gemeinderates die Anfrage an Bgm. Rudischer, ob es schon eine Ersatzlösung für die Eisenbahnerkapelle gibt. Bgm Rudischer meinte dazu, dass es noch keine fixe Lösung gibt, aber bis es so weit ist, wird man eine gefunden haben.

Pensionen 2017: Almosen

Das Jahr geht zu Ende und die Pensionisten werden mit einer Anhebung von 0,8 Prozent abgespeist. Als Krönung hat man jetzt auch noch ein Almosen von 100 Euro bewilligt. Das bedeutet für Mindestpensionisten: Zusammengerechnet gerade einmal 15 Euro mehr im Monat. Dabei betrug die Inflation im Oktober 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Das ist der höchste Wert seit November 2014. Vor allem Lebensmittel, Energie und Wohnen werden teurer. Das bedeutet, dass sich die älteren Menschen immer weniger leisten können.

Reallohnverlust

Aber auch die Arbeiter und Angestellten haben es nicht viel leichter: 1,3 Prozent bei den Handelsangestellten und 1,7 Prozent bei den Metallern bedeuten einen Reallohnverlust. Gleichzeitig liest man, dass sich der EU-Präsident Juncker über ein Zubrot von 10.000 Euro freuen kann. So schaut es in Wirklichkeit aus.

Betrug an den Pensionisten!

PREISERHÖHUNGEN 2016:

Milch.....11,8 %

Butter.....20,7%

Pensionserhöhung.....0,8%

Mürzzuschlag 1916

Unsere Stadt vor hundert Jahren. Diese Aufnahme wurde in Lambach gemacht und zeigt einen großen Bereich des Bleckmann Stahlwerks mit den „4 Häuseln“, einer Arbeitersiedlung. Die Volksschule und die Kirche dominieren das Zentrum. Rechts oben steht die neuerbaute Evangelische Kirche. Im Hintergrund sieht man schon die DOBAG und die Eisenbahner-Wohnhäuser. Dieses Foto ist handcoloriert, das heisst es ist im Original schwarz-weiß und wurde mit Farbe nachbearbeitet.

\$\$\$ RECHT GEFRAGT \$\$\$

Boiler und Gasthermen

Vor zwei Jahren, am 1.1.2015, trat jene Mietrechtsnovelle in Kraft, mit der endlich die Erhaltungspflicht für Thermen und Boiler geregelt wurde. Vermieter sind seither zuständig für Reparaturen und Austausch, Mieter müssen im Gegenzug die regelmäßige Wartung übernehmen. Dies gilt auch für Elektroöfen, Infrarotheizungen, Heizkörper und Durchlauferhitzer."

Kündigungen und Fristen

Mieter Heinz B. schloß mit Frau L. einen Mietvertrag ab, der am 31.10.2016 endete. Herr B., der an einer Verlängerung des Vertrages nicht interessiert war, staunte nicht schlecht, als ihn Frau L. eine Woche vor Vertragsende darauf hinwies, dass eine dreimonatige Kündigungsfrist einzuhalten wäre und der Mietvertrag daher erst mit 31.1.2017 enden würde. Dieser „Hinweis“ der Vermieterin ist ebenso dreist wie falsch. Nach Ablauf der vereinbarten Mietvertragsdauer ist das Mietverhältnis – wenn es nicht verlängert wird – beendet."

Ulrike Sch. kündigte ihren auf vier Jahre befristeten Mietvertrag nach zwei Jahren unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist. Der Vermieter „akzeptierte“ diese vorzeitige Kündigung nur unter der Voraussetzung, dass Ulrike Sch. einen Nachmieter findet. Selbstverständlich muss Ulrike Sch. keinen Nachmieter suchen. Sie hat das unbeschränkbare Recht, ihren Mietvertrag nach Ablauf eines Jahres mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist zu kündigen.



Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte im Büro
von Vizebürgermeisterin
Elke Kahr (KPÖ Graz)

Zuschläge und Abstriche

Das Richtwertsystem ermöglicht Vermietern von Altbauwohnungen eine Fülle von Zuschlägen zum Richtwert (= dzt. 7,44 Euro/ m²). Davon wird von manchen Vermietern ausgiebig Gebrauch gemacht. Gerne „vergessen“ wird allerdings die Verpflichtung, bei bestimmten Voraussetzungen Abstriche vorzunehmen, so zB. für Erdgeschoßwohnungen oder bei fehlendem Lift. Insbesondere der Befristungsabschlag von 25% für befristete Mietverträge wird nicht immer in Abzug gebracht. Stellt sich heraus, dass zu viel Miete verlangt wird, kann man über die Schlichtungsstelle eine entsprechende Reduktion erwirken!"

Sollten Sie eine Frage an Mag. Strutzenberger haben so leiten wir Ihre Anfrage gerne weiter:

E-Mail : kpoemuerz@gmail.com oder 0650 2710550

KPÖ im Landtag Steiermark

Steirische Politik gönnt sich Gehaltserhöhung

KPÖ macht nicht mit – Antrag auf Senkung der Polit- Bezüge im Landtag

Ob Rot, Schwarz, Blau oder Grün: Auch in der Steiermark darf sich die Politik über einen kräftigen Gehaltszuwachs freuen. Die KPÖ ist die einzige Partei, die da nicht mitmacht. Für 2017 wird die Berechnungsgrundlage für die Polit-Gehälter um 0,8 % angehoben. Was bei einem kleinen Einkommen kaum spürbar ist, bringt dem steirischen Landeshauptmann eine Erhöhung von über 130 Euro pro Monat (14 Mal im Jahr). Soziallandesrätin Kampus gewinnt monatlich 120 Euro. Das entspricht ungefähr jenem Betrag, den eine durchschnittliche Alleinerzieherin mit einem Kind monatlich an Wohnbeihilfe verliert.

Für die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ gilt eine Gehaltsobergrenze von 2300 Euro. Alles, was darüber hinausgeht, wird zur Unterstützung von Steirerinnen und Steirern in Notlagen verwendet. Die Verwendung des Geldes wird am Jahresende offengelegt. Die KPÖ wird in der nächsten Landtagssitzung erneut den Antrag stellen, die Einkommen der Politikerinnen und Politiker um ein Drittel zu kürzen. Bisher wurde der Vorschlag jedes Mal mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Arbeitslosigkeit und kaum steigende Einkommen bestimmen den Alltag eines großen Teils der Bevölkerung. Die Kluft zwischen den Einkommen in der Politik und der großen Mehrheit wird immer größer. Wer selbst über hundert Euro im Monat mehr einsteckt, kann nicht einer Alleinerzieherin oder einem Mindestpensionisten Geld wegnehmen!“



Funktion – Gehalt ab 1.1.2017	brutto monatlich
Landeshauptmann	€ 16.636
Landeshauptmannstellvertreter	€ 15.760
Mitglied der Landesregierung	€ 14.885
Erster LT-Präsident	€ 11.820
Klubobmann Landtag	€ 10.947
Leiter des Landesrechnungshofs	€ 9.194
Präsident des Landesschulrates	€ 8.756
LT-Präsident-Stv.	€ 7.442
Vizepräsident des Landesschulrates	€ 6.567
Abgeordnete zum Landtag	€ 5.691
Bürgermeister Graz	€ 13.571
Vizebürgermeister Graz	€ 11.383
Stadtregierungsmitglied Graz	€ 10.507

Rückfragehinweis:

Landtagsklub der KPÖ, Tel. 0316/877-5104

Armut macht krank

Die Landespolitik will das Gesundheitswesen in der Steiermark „Gesund schrumpfen“. Hoher Werbeaufwand wird betrieben für Pläne, die bis ins Jahr 2035 reichen. Zentralisierung im Spitalswesen und Primärversorgungszentren anstatt niedergelassener Hausärzte sollen das Wunder vollbringen: Sinkende Kosten für ein besser funktionierendes Gesundheitswesen. Landesrat Drexler möchte das den Steirerinnen und Steirern so verkaufen.

Schlechte Versorgung?

Wer nicht gefragt wurde: Die Betroffenen, die Menschen, die ein gut funktionierendes, kostenloses Gesundheitssystem brauchen, die Hausärzte, die das Rückgrat des derzeitigen Systems bilden, die Krankenkassen.

Der steirische Ärztekammerpräsident Herwig Lindner: „Wir warnen vor der Verschlechterung, die gefährlich für die Patienten ist. Deshalb will man uns eigenständige und freie Ärzte eliminieren. Die Gesundheitspolitik wird von Finanzern, Technikern etc. gemacht, aber nicht von Ärzten, die das System kennen.“ Und sein Kärntner Amtskollege Josef Huber: „Die Politik spielt nicht mit offenen Karten. Für 75 geplante Primär-Versorgungszentren werden 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Aber das Geld wird aus dem bestehenden System genommen, wodurch es dort fehlt. Mit anderen Worten: Diese Zentren fressen die Kassenstellen. Die Versorgung wird schlechter.“

Letztendlich geht es um die Unterwerfung des Gesundheitswesens unter die Regeln des Kapitalmarktes. Private Anbieter stehen vor der Tür. In der Schweiz hat der Handelskonzern Migros Kassenstellen aufgekauft. Auch bei uns gibt es Pläne von privaten Anbietern, wenn Versorgungszentren kommen. Es trifft die sozial Schwächeren. Man wird eine Basisversorgung auf einem hinunternivellierten Niveau schaffen. Jeder, der es sich leisten kann, wird für Wahlärzte zahlen. Aber was ist mit jenen Menschen, die sich den Wahlarzt nicht leisten können?

Solidarität mit den Ärzten

Zunehmend unter Druck geraten die Krankenkassen. Sie verwalten das Krankenkassengeld, das von den arbeitenden Menschen eingezahlt wird: Auch wenn wir mit der Krankenkasse nicht immer zufrieden sind – es gibt hier zumindest demokratische Selbstverwaltungsstrukturen. So möchte der neoliberale Zeitgeist die Krankenkassen lieber heute als morgen abschaffen – riesige Summen würde in den privaten Kapitalmarkt fluten.

Aus diesem Grund unterstützen wir Patienten den Protest der Ärzte gegen eine „Reform“, die wieder einmal nur Kürzungen und Verschlechterungen mit sich bringt.

**Wir sind für ein Gesundheits-
wesen, das den Menschen
und nicht das Kapital in den
Mittelpunkt stellt.**

SOZIALBERATUNG DER KPÖ

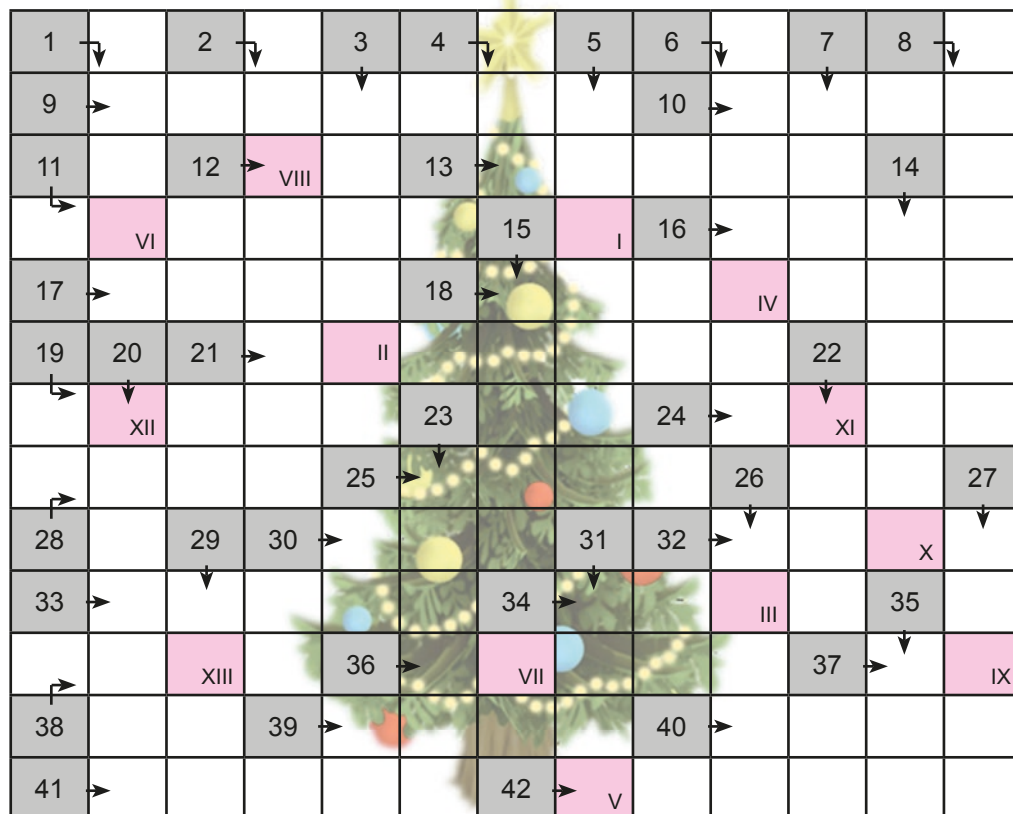
UNABHÄNGIG – VERTRAULICH

Fragen zu Mindestsicherung, Wohnungsproblemen, familiäre Fragen, arbeitsrechtliche und andere Probleme.

Helfen statt Reden!

KPÖ Mürzzuschlag Wienerstrasse 148

Die nächsten Sprechtage erfahren sie unter der Telefonnummer **0650 2710550** oder per E-Mail: **kpoemuerz@gmail.com**



WIR GRATULIEREN DEN GEWINNERN

1. Preis: 35 €uro Billa-Gutschein: Waltraud Schruf **2. Preis: 25 € Billa-Gutschein:** Daniela Berger **3. Preis je 1 Flache Red Roots Wein vom Weingut Markowitsch:** Andrea Hurm, Karin Schrittwieser, Kurt Blümel

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern des Rätsels und gratulieren den Gewinnern!

Bei diesem Rätsel werden auch Münzen für die neue Waschanlage beim Lidl verlost! Das Lösungswort ergibt sich aus den Buchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um beim Gewinnspiel mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: **kpoemuerz@gmail.com** oder an die

KPÖ, Wienerstr. 148, 8680 Mürzzuschlag senden bzw in den Briefkasten einwerfen. Einsendeschluss 31.Jänner 2017, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Preisrätsel

1. Schwungrad (Uhr)
2. mexikanische Hafenstadt
3. Beurteilung, Tadel
4. Sorte, Gattung
5. dünnes Blättchen, Scheibe
6. Kunststätte, Schaubühne
7. jeder ohne Ausnahme
8. Seebad in Belgien
9. Teigklößchen(österr.)
10. Körperteil
11. barsch, schroff
12. Flächenmaß
13. Verweis, Rüge
14. Märchenfigur der Brüder Grimm
15. ehemaliger arabischer Titel
16. blütenlose Wasserpflanze
17. Körperhülle
18. laut und heftig schimpfen (ugs.)
19. scharfer Falz, Bruch
20. westafrikanischer Staat
21. räuberisches Insekt
22. Rand eines Gewässers
23. leere Redensart
24. Gerte
25. Anlegestelle, Landungsbrücke
26. Ausgedehntheit
27. Rahm (hoch deutsch)
28. große Urweltechse (Kurzwort)
29. Stacheltier
30. pers. Fürwort (fünfte Person)
31. Frage- und Antwortspiel
32. Knochenfisch mit Bartfäden
33. Sportrunderboot
34. diagonal
35. Spielkartenfarbe
36. Lehrling (hochd., Kurzwort)
37. Abk. pädagogische Hochschule
38. also, folglich (lateinisch)
39. italienische Weinstadt
40. Wirkstoff im Tee
41. von Bäumen gesäumte Straße
42. kurzer, breitköpfiger Nagel

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---	----	-----	------

Name: _____

Strasse: _____

Wohnort: _____

9.600 Unterschriften gegen Verschlechterung bei Wohnbeihilfe

Erster Erfolg der KPÖ: Landesrätin Kampus „verbessert“ Wohnunterstützung

9.614 Unterschriften hat die KPÖ für die Rückkehr zur Wohnbeihilfe bereits gesammelt. Sie wurden am 13. Dezember von der Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr und den Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg vor Beginn der Landtags-sitzung präsentiert. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner forderten in der Petition die Abkehr von der unsozialen „Wohnunterstützung“, die im September 2016 die Wohnbeihilfe abgelöst hat.

Soziallandesrätin Kampus gibt nun dem steigenden

Druck nach und nimmt einige Verschlechterungen zurück. Die Einkommensgrenzen werden wieder angehoben. Dadurch können Personen, die aus der Wohnbeihilfe gefallen sind, nun wieder eine Unterstützung erhalten. Beibehalten wird die Einrechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen. Das benachteiligt Familien mit Kindern.

Ob sich wirklich etwas verbessert wird sich erst zeigen: Die Durchführungsverordnung für die Neuregelung erscheint erst knapp vor der Grazer Wahl – erst dann wird sich zeigen, ob die Verbesserung tatsächlich hält, was sie verspricht oder ob es nur ein Wahlwerbegag zur Unterstüt-



Die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie die Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr haben sich für eine Verbesserung der neuen Wohnbeihilfe eingesetzt. Jetzt musste Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) nachgeben: Ein Teil der Verschlechterungen wird zurückgenommen.

zung der Grazer SPÖ war. Die KPÖ wird jedenfalls weiter Unterschriften sammeln,

bis diese Regelung rückgängig gemacht wird.

Ein VOLKSBEGEHREN gegen TTIP, CETA und TiSA!

Wir lehnen diese Handelsabkommen ab, weil ...

... die Verhandlungen von völliger Intransparenz geprägt sind.

... der Preis den Markt bestimmt. Dadurch wird der Druck auf die Landwirtschaft und auf die ArbeitnehmerInnen erhöht. Die Herabsetzung von Umweltstandards ist zu befürchten.

In Kanada (dem Abkommen CETA) sind Lebensmittelfarben zugelassen die in Europa verboten sind. Die Hormonbehandlung bei Rindern ebenso.

... durch internationale Schiedsgerichte der österreichische Rechtsstaat ausgehöhlt wird.

... der Druck auf Privatisierungen größer wird.

... wir schon bisher Handel betrieben haben und diese weiteren Abkommen nur den Großkonzernen und der Agrar- und Lebensmittelindustrie nutzt. Die entfallenen Zölle gehen zu Lasten aller.

... das Vorsorgeprinzip nicht klar geregelt ist.

Deshalb unterzeichnen Sie das Volksbegehren gegen TTIP, CETA und TiSA!

**Eintragungswoche: vom 23. bis 30. Jänner 2017
auf allen Gemeindeämtern und Magistraten!**



www.volksbegehren.jetzt

www.volksbegehren.jetzt
Facebook: Gegen TTIP, CETA und TiSA